N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Ausschuss für Planung und Verkehr

am 14.05.2012

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Jens Hebebrand (SPD)
Wolfgang Kerak (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Heinz Steffen (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Martina Plath (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Schilken (FDP)
Dieter Reichwald (DIE LINKE.)
Helmut Rosenkranz (GFL)
Carsten Jaksch-Nink (SPD)
Dieter Mendrina (SPD)

sachkundige Bürger

Norbert Drüke (SPD)

Thorsten Kozik (SPD)
Martin Stoltefuß (CDU)
Stephanie Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andreas Czichowski (FWG)
Michael Szopieray (FDP)

Von der Verwaltung

Frau Leiße, L PM
Frau Pauels, PM
Herr Dürholt, PM
Frau Klemp, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfrakton

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

057/12

Radverkehrskonzept Kreis Unna – Beschluss zum Handlungsprogramm

Punkt 3

059/12

Radschnellweg Metropole Ruhr - Sachstandsbericht

Punkt 4

061/12

Regionaler Wohnungsmarktbericht Ruhr und „Perspektive Wohnungsmarkt Ruhr“

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 6

060/12

Nahverkehrsplanfortschreibung – Vergabe des Gutachtens

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Es liegen keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern vor.

Punkt 2

057/12

Radverkehrskonzept Kreis Unna – Beschluss zum Handlungsprogramm

Erörterung

Frau Leiße führt eingangs aus, dass eine politische Beschlussfassung über die Sitzungsvorlage Nr. 057/12 erst im Oktober diesen Jahres geplant sei und nicht zum jetzigen Zeitpunkt, da ein entsprechender Beschluss nur im Hinblick auf die Kreisstraßen, also dort, wo der Kreis Baulastträger sei, gefasst werden könne. Der Bau- und Technikausschuss werde sich erst in der Sitzung am 23.10.2012 mit den Inhalten befassen. Als inhaltlich wichtigen Punkt führt Frau Leiße an, dass man erkannt habe, dass im Bereich des Radverkehrs schon Verbesserungen möglich seien, ohne große bauliche Maßnahmen realisieren zu müssen z.B. durch das Einrichten von Schutzstreifen, bei Fahrbahndeckenerneuerungen innerhalb der bestehenden Grundstücksverhältnisse Änderungen vorzunehmen u.ä..

Frau Plath erklärt seitens der CDU-Fraktion, dass ihre Fraktion aufgrund der umfassenden Vorlage noch Beratungsbedarf habe und daher heute keine entsprechende Beschlussempfehlung aussprechen möchte.

Frau Schneider führt seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, dass ihre Fraktion ebenfalls noch Beratungsbedarf habe. Ihre Fraktion beabsichtige, dieses Thema ausführlich mit den Städten und

Gemeinden zu diskutieren. Das sei in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Sie würde es auch begrüßen, wenn die Vorlage zur Beschlussfassung nochmals in den Ausschuss für Planung und Verkehr zurück käme.

Herr Hebebrand führt seitens der SPD-Fraktion aus, dass die Vorlage gut sei und seine Fraktion heute eine entsprechende Beschlussempfehlung hätte abgeben können. Da jedoch noch Beratungsbedarf bestehe, sollte die Entscheidung verschoben werden. Wie bereits von Frau Schneider angesprochen, sollte die Vorlage dann nochmals in den Ausschuss für Planung und Verkehr gehen, bevor sie in den Bau- und Technikausschuss, Kreisausschuss und Kreistag gehe.

Herr Schilken führt seitens der FDP-Fraktion aus, dass seine Fraktion die Vorlage ebenfalls gut finde. Seiner Fraktion fehle in dem Konzept jedoch die Angabe einer Kostenschätzung für die Maßnahmen, die er für unbedingt erforderlich halte. Er wünsche, dass das nachgebessert werde. Des Weiteren seien die Mitglieder dieses Ausschusses vom ADFC zum Ausbau des Nordufers an der Seseke angeschrieben worden. Auch das solle hier behandelt werden.

Frau Leiße bestätigt verwaltungsseitig, dass eine entsprechende Kostenabschätzung für die Kreisstraßen erarbeitet und im Bau – und Technikausschuss vorgestellt würde. Zum Ausbau des Nordufers an der Seseke weist Frau Leiße darauf hin, dass es für die Umgestaltung der Seseke inclusive Bau eines durchgehenden Rad- und Wanderweges einen Planfeststellungsbeschluss gebe, der geändert werden müsse, wenn man die Umgestaltung ändern möchte. Auf Nachfrage zur Überregionalität des vorgenannten Planfeststellungsverfahrens führt Frau Leiße weiterhin aus, dass man sich bei der Umgestaltung der Seseke nicht nur mit der ökologischen Umgestaltung befasse, sondern auch mit dem Thema Radwegebau von Bönen nach Lünen. In diesem Kontext sei dann der Planfeststellungsbeschluss gefasst worden. Eine entsprechende Änderung müsse dann vom Lippeverband beantragt werden.

Abschließend gibt der Vorsitzende, Herr Bremerich, Hinweise zur weiteren Verfahrensweise. Das Radverkehrskonzept werde auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung dieses Ausschusses am 03.09.2012 genommen, um dann planmäßig im Kreistag am 30.10.2012 über dieses Radverkehrskonzept zu entscheiden.

Punkt 3

059/12

Radschnellweg Metropole Ruhr - Sachstandsbericht

Erörterung

Herr Schilken merkt seitens der FDP-Fraktion an, dass ihnen die Konzeptstudie zur Konkretisierung des Projektes „Radschnellweg Metropole Ruhr“ nicht vorliege. Es wird seitens des Vorsitzenden zugesichert, die Konzeptstudie als Anlage dieser Niederschrift beizufügen. Die Konzeptstudie ist über das Kreistagsinformationssystem unter www.kreis-unna.de online einsehbar.

Frau Plath erklärt für die CDU-Fraktion, dass es hier um eine Machbarkeitsstudie gehe. Trotz alle dem stehe

ihre Fraktion diesem Projekt des Radschnellweges durchaus kritisch gegenüber. Denn man müsse bedenken, dass angesichts des durchaus maroden Zustandes einiger Straßen und Wege hier im Kreis Unna ein solches Luxusprojekt nicht allzu leicht vermittelbar sei, auch wenn darauf gesetzt werde, dass eine 100 %-ige Finanzierung durch den Bund erfolge. Selbst wenn dem so wäre, sollte man nicht vergessen, dass es sich auch hier um Steuergelder handele. Aus diesem Grunde sei es ihrer Fraktion wichtig, das Ganze kritisch zu behandeln.

Frau Schneider führt seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, dass ihre Fraktion hinter dem Projekt stehe und dass dieses durch den Kreis begleitet werden sollte. Sie geht kurz auf die Position der Stadt Kamen zu dem Projekt ein, die zeige, dass Städte durchaus daran interessiert seien, an einer solchen Beschlussfassung beteiligt zu werden. Frau Schneider weist ebenfalls auf die fehlende Konzeptstudie hin, die auch online nicht zur Verfügung stehe.

Herr Schilken erklärt für die FDP-Fraktion weiterhin, dass eine Planung angestoßen werden solle, die auf der einen Seite einen Idealzustand habe und auch Geld koste und auf der anderen Seite aber auch die Möglichkeit gebe, andere Trassen einzubauen, die weniger Geld kosteten. Wichtig sei eine durchgehende Planung. Er sei der Meinung, dass die auf den Weg gebracht werden und von daher dieser Vorlage zugestimmt werden sollte.
Auf den Hinweis von Herrn Steffen führt Herr Dürholt aus, dass offenbar die Kommunikationsvorgehensweise des RVR in diesem Zusammenhang nicht ganz eindeutig sei. Im Arbeitskreis Radverkehr auf Verwaltungsebene habe sich ein maßgeblicher Vertreter des RVR dahingehend geäußert, dass es nicht sein könne, dass die Gebietskörperschaften (Städte, Gemeinden oder Kreise) Eigenanteile an diesem Radschnellweg tragen müssten. Da müsse zwingend auch gesetzlich eine neue Trägerschaft auf den Weg gebracht werden, die besage, dass es ein Landes- oder Bundesradweg sei, genau wie es bei Landes- oder Bundesstraßen wäre, wenn dort eine Straße oder ein Radweg gebaut werde. Hier würden die Eigenanteile eben durch den entsprechenden Träger getragen. Das gebe es momentan bei uns nicht. Von daher sein Vorschlag, dieses möglicherweise auch im Rahmen der Machbarkeitsstudie massiv zu fordern und nach vorn zu bringen. Herr Bremerich weist noch darauf hin, dass diese Machbarkeitsstudie 300.000 Euro kosten solle.

Es ergibt sich noch eine kurze Diskussion darüber, dass die Stadt Dortmund sich nicht an dem Projekt beteilige, weil es für sie 35 Mio. Euro koste.

Beschluss

- Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt den Sachstandsbericht des Landrates zum Projekt Radschnellweg Metopole Ruhr zur Kenntnis.
- Der Landrat wird beauftragt, die Vergabe der Machbarkeitsstudie und die Machbarkeitsstudie entsprechend der dargestellten Inhalte zu begleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

061/12

Regionaler Wohnungsmarktbericht Ruhr und „Perspektive Wohnungsmarkt Ruhr“

Erörterung

Frau Leiße gibt eine kurze Einführung in das Thema. Der Verwaltung sei wichtig, den Ausschuss darüber zu informieren, dass es auf der regionalen Ebene im Kontext des Wohnungsmarktes mittlerweile eine enge Kooperation gebe nicht nur zwischen den kreisfreien Städten, sondern dass auch die Kreise mit einbezogen seien. Zum weiteren Inhalt gibt sie das Wort an Frau Pauels ab.

Frau Pauels führt aus, dass es bei der Sitzungsvorlage um zwei Dinge handele. Zum Einen gehe es darum, den 2. Wohnungsmarktbericht vorzustellen, der auch unter Einbindung der Kreise erstellt worden sei. Das sei ein Novum. Frau Pauels geht alsdann kurz auf die Historie zum 2. Wohnungsmarktbericht ein; auf die Inhalte dieses Wohnungsmarktberichtes wolle sie im Einzelnen jedoch nicht eingehen. Dem Kreis sei es darauf angekommen, an dem Prozess beteiligt zu sein, und zwar über den Prozess der Wohnungsmarktbeobachtung (Beobachtung des Status Quo plus eine gewisse Einschätzung über die eventuelle weitere Entwicklung) hinaus. Hier im Kreis Unna habe man den Zukunftsdialog, der sich ja auch mit dem neuen Wohnen im Kreis Unna beschäftigen solle und auch schon beschäftigt sei. Es gebe auf der lokalen Ebene sehr viele Handlungskonzepte, die sich sich mit Wohnen beschäftigen würden. Insofern habe der Kreis es als positive Ergänzung empfunden, dass auch auf regionaler Ebene ein Kontext zur Regionalplanung hergestellt werde, der sich mit dem Thema Wohnen, der Weiterentwicklung des Wohnungsmarktes, der Frage nach Handlungsempfehlungen auf einer regionalen Ebene und ob man möglicherweise gemeinsam zu Positionen auf regionaler Ebene kommen könne, beschäftige. Dieser Ansatz werde jetzt von der Arbeitsgemeinschaft 2030 in den Vordergrund gestellt, um in den nächsten 2 Jahren letztendlich über die Wohnungsmarktbeobachtung hinaus vielleicht auch gemeinsam zu Strategien, vielleicht auch nur zu teilräumlichen Strategien, zu kommen. weil natürlich immer noch zu schauen sei, wie kreisfreie Städte zu Kreisen diese Thematiken aufarbeiten und im weiteren Prozess dann eventuell auch zu einer strategischen Handlungsempfehlung für die Gesamtregion kommen. Das sei auch hilfreich im Prozess um die Regionalplanung, die sich ja auch in den nächsten 2 Jahren mit verschiedenen Bausteinen davon beschäftige. Insofern wurde das als positiv eingeschätzt und gesagt, dass der Kreis sich daran beteiligen wolle. Deshalb gebe man dem Ausschuss nochmals zur Kenntnis, dass es einen Prozess gebe, an dem sich der Kreis in den nächsten 2 Jahren beteiligen wolle und wo sich Wechselwirkungen zwischen der lokalen Ebene, der Kreisebene und dann der Ruhrgebietsebene darstellten, die, so denke man, eben auch zu positiven Entwicklungen und Synergien führen würden.

Abschließend nimmt der Ausschuss den Bericht zum „2. Regionalen Wohnungsmarktbericht Ruhr und zur Perspektive Wohnungsmarkt Ruhr“ zur Kenntnis.

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. **Fachtagung Vereinbarkeit von Beruf und Pflege**

   Frau Leiße berichtet, dass in der letzten Woche die Fachtagung zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege stattgefunden habe, die auch von Seiten der Unternehmerschaft sehr gut besucht gewesen sei. An der Thematik werde weiter gearbeitet. Letztendlich gehe es darum, Handlungsempfehlungen nochmals weiterzugeben. Das sei ein wichtiges Thema.

2. **Fachtagung Inklusion**

   Frau Leiße teilt mit, dass in dieser Woche am Mittwoch die Fachtagung „Inklusion“ stattfinde. Die Verwaltung habe den Arbeitsauftrag, einen Aktionsplan inklusive Kreisverwaltung zu erarbeiten. Das erfolge zur Zeit. In drei Themenfeldern wolle man im Rahmen dieser Fachtagung Vertiefungen vornehmen. Man werde in der Zukunft auch weitere Themen vertieft bearbeiten müssen, z.B. Arbeitsmarkt u.ä., so Frau Leiße.

3. **Bundesverkehrswegeplan**

   Frau Leiße informiert darüber, dass der Kreis aufgefordert sei, zum Bundesverkehrswegeplan insofern einen Beitrag zu leisten, als dass das Land nachgefragt habe, ob der Kreis noch weitere Maßnahmen habe, die dieser Bundesverkehrswegeplan im Bereich Schiene aufnehmen solle. Enthalten seien für unseren Raum die Strecke Dortmund-Lünen-Münster sowie der RRX. Momentan versuche man, mit dem ZRL und NWL gemeinsam eine Stellungnahme zu erarbeiten. Da die Anfrage so kurzfristig gewesen sei, habe sie nicht mehr Gegenstand dieses Planungsausschusses werden können. Die Stellungnahme müsse bis zum 30.06. abgegeben werden und könne daher auch nicht mehr im nächsten Ausschuss für Planung und Verkehr beraten werden. Die Verwaltung wird gebeten, die Fraktionen über diese Stellungnahme zu informieren.

Es ergeben sich keine Anfragen.

Abschließend weist der Vorsitzende auf die drei ausgelegten Broschüren zum Mitnehmen hin.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 6

060/12

Nahverkehrsplanfortschreibung – Vergabe des Gutachtens

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 16.40 Uhr

Bremerich

Klemp

Vorsitzender

Schriftführerin